

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Samstags und Sonntags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Neue Welt' - 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Geselle'. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21 - M., für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung des Reichs- und Preussischen Verlags, des Saar- und Rheinlandes sowie des früheren deutschen Gebietes Ostpreußen und Danzig 55. - M., für das übrige Ausland 75. - M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die schweizerische Monatszeitschrift über den Raum höherer - M., einschließlich Schweiz, Ost- und Westpreußen: Das letztgedruckte Wort 2.00 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Postgebühren. Postfreie Ausgaben ins Ausland Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 4.00 M., netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2. - M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Hilferuf aus Rußland Hungerstreik der politischen Gefangenen

Aus Moskau ist der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands auf Umwegen folgendes, vom 5. Januar datiertes Telegramm zugegangen:

Die im hiesigen Butyrki-Gefängnis internierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind in den Hungerstreik getreten. Die Ursache des Hungerstreiks ist die geplante Verschickung von 35 politischen Gefangenen nach Turkestan, wo sie zum Teil unter Polizeiaufsicht leben, zum Teil in die dortigen Gefängnisse gesperrt werden sollen. Da die Durchführung dieser Maßnahme einem Todesurteil gleichkommt, haben die Genossen zu dem letzten verzweifelten Mittel gegriffen, in den Hungerstreik zu treten. Sie sind entschlossen, diese Maßnahme selbst um den Preis der größten Opfer durchzuführen. Sie appellieren an das westeuropäische Proletariat, ihnen in dem Kampfe gegen den hochbeweislichen Terror beizustehen.

Der hier wiedergegebene Hilferuf der in den Moskauer Gefängnissen internierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter muß in allen Kreisen des westeuropäischen Proletariats die stärkste Beachtung finden. Schon seit Monaten weisen wir darauf hin, daß die in den Gefängnissen Sowjetrußlands internierten Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Syndikalisten und Anarchisten einem fürchterlichen Terror unterworfen sind, der an die Zeiten der Zarenherrschaft erinnert. Die Verhältnisse wurden indes nicht besser, vielmehr leiteten die Schergen der Sowjetregierung, unter denen sich zahlreiche Mittel aus der Zarenzeit befinden, ihre schmutzige, gewalttätige Arbeit fort, indem sie unter der Leitung der berüchtigten „Außerordentlichen Kommissionen“ ihre ganze Energie auf die Bekämpfung und Terrorisierung der Vertreter der sozialistischen Parteien richteten. Selbst als am Jahrestage der Oktober-Revolution eine Amnestie erlassen wurde, erlangten zwar die verurteilten Weißgardisten, Spekulant, Desraudanten und sonstige korrupte Elemente aus der Sowjetbureaucratie die Freiheit wieder, aber die in den Gefängnissen schmachtenden Sozialisten, von denen viele seit über einem Jahr auf Grund administrativer Verfügungen eingesperrt sind, blieben nach wie vor dem Terror und dem Hunger in den Gefängnissen preisgegeben.

In der letzten Zeit hat sich die Lage der politischen Gefangenen in den Sowjetgefängnissen noch infolgendermaßen als nach einem genau ausgearbeiteten Plane die sozialistischen Gefangenen aus den Provinzgefängnissen nach Moskau geschafft und von dort nach Turkestan transportiert werden. Hier kommen die Gefangenen unter die Gewalt des berüchtigten Bluthundes Peters, eines der grausamsten Leiter der russischen Außerordentlichen Kommission, der hier nach Guldänen mit den Gefangenen verfahren kann. Der Abtransport der politischen Gefangenen nach Turkestan bedeutet nichts anderes als ein Todesurteil für die Gefangenen. Er bedeutet ferner die Fortsetzung jenes heuchlerischen Spiels, das die Sowjetregierung be-

treibt. Während sie angesichts der neuen internationalen Verhandlungen und des Zustromes auswärtiger Diplomaten und Berichterstatter die Moskauer Gefängnisse zu „säubern“ sucht, um ihren Terror nicht in so abschreckendem Lichte erscheinen zu lassen, sorgt sie gleichzeitig dafür, daß jene Sozialisten, deren Einfluß auf die Arbeiterklasse sie auch vom Kerker aus fürchtet, nach Zentralasien geschafft werden, damit sie dort von einem ihrer erprobtesten Henker unschädlich gemacht werden.

Das westeuropäische Proletariat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen dieses schändliche Treiben der Sowjetregierung seine Stimme zu erheben. Namentlich jetzt, wo die in den Moskauer Kerker internierten Genossen den Hungerstreik begonnen haben, weil sie die herrschenden Zustände einfach nicht länger ertragen können, muß der Protest des gesamten internationalen Proletariats so laut und vernehmlich erschallen, daß sich ihm auch die Mächthaber im Kreml nicht mehr länger verschließen können. Die jetzt in den Hungerstreik getretenen Genossen fordern 1., daß die geplante Verschickung nach Turkestan aufgehoben wird, und 2., daß sie entweder in Freiheit gesetzt oder vor Gericht gestellt werden. Diese Forderungen sind das Mindestmaß dessen, was man von der Sowjetregierung verlangen kann. Darüber hinaus muß aber von der Moskauer Regierung, die vorgibt, im Namen des russischen Proletariats zu herrschen, verlangt werden, daß sie endlich ihrem schändlichen System der Verfolgung und Terrorisierung andersdenkender Proletarier ein Ende macht; daß sie endlich aufhört, Hunderte von tapferen Männern und Frauen die seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung stehen, in den Gefängnissen zu martern; und daß sie endlich mit Herrschaftsmethoden bricht, die nur geeignet sind, den Sozialismus und Kommunismus vor aller Welt zu kompromittieren und den Zusammenschluß des internationalen Proletariats aufzuhalten.

Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, befinden sich gegenwärtig im Butyrki-Gefängnis zu Moskau etwa 50 bis 60 Sozialdemokraten und Gewerkschafter, darunter die Mitglieder des sozialdemokratischen Zentralkomitees Dahn, Usherwanin, Jeschom (Bruder von Marxow), Nikolajewski, Schwarz und Judin, ferner die Mitglieder des Zentralkomitees des Jüdischen Arbeiterbundes Swiatzki, Kronsohn usw. Von den genannten Genossen sollen auch die beiden letzteren nach Turkestan transportiert werden. Besonders hervorzuheben ist, daß ein Teil der Gefangenen schon fast anderthalb Jahre einsekeriert und daß sie weder gerichtlich abgeurteilt sind, noch daß gerichtlich Anklage gegen sie erhoben ist. Ihre Gefangennahme ist also nichts anderes als ein roher brutaler Willkürakt.

Es ist ferner noch zu erwähnen, daß der Plan eines allgemeinen Hungerstreiks schon vor einiger Zeit von den gefangenen Genossen erzwungen wurde. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erließ daraufhin ein Verbot, einen Hungerstreik zu beginnen. In letzter Zeit jedoch schienen die Zustände so unerträglich geworden zu sein, daß die gefangenen Genossen trotz dieses Verbotes den Hungerstreik begonnen haben.

erfüllen wäre, wäre die Anerkennung der Barkriegsschulden Rußlands. Lord George wandte sich sodann gegen die Haltung Frankreichs, das Beziehungen zu der Sowjetregierung ablehnte, während es mit den Kemalisten einen Vertrag abgeschlossen habe. Hier machte Briand den Einspruch, daß er die Kemalisten in London kennengelernt habe.

Sodann stimmte den Vorschlägen Lord Georges zu und erklärte, Italien denke nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Völker einzumischen, wünche aber zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas beizutragen. Auch Theunis schloß sich den englischen Vorschlägen an mit der Erklärung, daß ein Industrieland wie Belgien an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa großes Interesse habe. Der japanische Delegierte Kawaschi erklärte, die Vorschläge des englischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu nehmen. Briand stimmte auch grundsätzlich zu, betonte aber die Notwendigkeit, von Rußland Garantien zu verlangen.

Lloyd Georges Programm in der Kommission

EE. Cannes, 6. Januar.

Ein heute nachmittag veröffentlichtes Communiqué berichtet über den Gang der Vermittlungssitzung und teilt mit, daß gewisse von Lloyd George formulierte Vorschläge einem Komitee überwiesen wurden, das sich aus den Ministerpräsidenten und den Außenministern zusammensetzt und heute nachmittag um 3.30 Uhr zusammengetreten wird. Andererseits wurde beschlossen, daß sich die Finanzminister zu einer noch genauer zu bestimmenden Stunde versammeln sollen, um den Bericht der mit der Untersuchung der Reparationsfrage betrauten Sachverständigen zu prüfen.

(Siehe auch 2. Seite.)

Der Plan des Eigennuzes

Unter der täuschenden Bezeichnung: „Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft“ hat der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, das sind die agrarischen Unternehmerorganisationen, Mitte Dezember ein Programm aufgestellt, das im wesentlichen Vorschläge für eine nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung enthält. Inzwischen ist ihm der Reichslandbund mit einem ähnlichen Aufruf gefolgt. Unter grundsätzlicher Ablehnung jedes staatlichen Zwanges und unter Aufstellung anderer Forderungen erklärte sich der Reichsausschuß bereit, Einrichtungen zu treffen,

„um durch Ausbeutung außergewöhnlicher Mittel und Maßnahmen die deutsche Landwirtschaft instand zu setzen, die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugung aus eigener Kraft in nachhaltiger Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Für diese Absichten erwarten die Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anerkennung ihrer Uneigennützigkeit durch die nicht landwirtschaftlichen Kreise. Man hofft, wie einer ihrer Hauptführer, der Graf v. Braun, erklärte, auch auf das Verständnis in den Kreisen der Konsumenten. Denn der Plan der Landwirtschaft bedeute „neben der erheblichen Herabminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Golddevisenmarkt auch die Erleichterung der Lebenshaltung unserer schwerarbeitenden Industriebesolterung und des notleidenden Mittelstandes“.

Die Forderungen, die an dieses „Hilfswort“ geknüpft sind, lassen aber berechtigten Zweifel an der Uneigennützigkeit der Absichten der Agrarier aufkommen. Denn es werden u. a. folgende Forderungen erhoben:

Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen störende Eingriffe, Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs, Ausgestaltung des Steuerwesens, die sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und dem gesteigerten Produktionsbedürfnis anpaßt, Steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet.

Prüft man diese Forderungen, so kann man darüber nicht im Zweifel sein, daß sie denselben egoistischen Absichten entspringen, wie die bekannten Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Sie stehen demzufolge auch in schärfstem Widerspruch zu den Interessen der Allgemeinheit. Was verbirgt sich z. B. hinter der Forderung: „Ablehnung jedes staatlichen Zwanges?“ Doch nichts anderes als die Forderung der Agrarier, allein zu bestimmen, was gegenwärtig zur Sicherstellung der Volksernährung zu geschehen hat. Hat die Landwirtschaft aber durch ihr bisheriges Verhalten eine Garantie dafür geliefert, daß sie die Volksernährung sicherstellen werde? Ist nicht die Kartoffelverknüpfung, die Verknüpfung mit Brot und Fleisch aufs höchste gefährdet? Und soll man erst von den Kreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse reden? Selbst wenn man aber den Willen der gesamten Landwirtschaft zur Steigerung der Erzeugung als Tatsache voraussetzt, so bleiben doch diese Forderungen unerfüllbar. Denn im laufenden Wirtschaftsjahr ist die Landwirtschaft auf keinen Fall imstande, die Erzeugung in so großem Maße zu steigern, daß unser Eigenbedarf gedeckt werden kann. Ablehnung jedes staatlichen Zwanges ist auch nur die Verschleierung der Absicht nach Beseitigung des Umsatzeverfahrens für Getreide und nach Verhinderung anderer notwendiger gesetzlicher Maßnahmen, durch die die Verbraucher auf Gnade und Ungnade den Agrariern ausgeliefert werden. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 31. Dezember wird diese Absicht unverhüllt ausgedrückt:

„Die Zwangswirtschaft ist im Laufe des letzten Jahres immer weiter abgebaut worden. Ein Rest ist die Getreidemenge, die allerdings im Hinblick auf die Marktsituation in Getreide infolge der starken Entwertung des Geldes zur Sonderbesteuerung der Landwirtschaft geführt hat und also auf keinen Fall im nächsten Jahre wiederkehren darf. Denn damit würde das weitestgehende Hilfswort der Landwirtschaft einen tödlichen Stich erleiden.“

Ähnlich gefährlich sind auch die übrigen Forderungen. „Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum“ ist die Forderung nach beweisbarem Selbstschutz auf dem Lande. Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen störende Eingriffe“ die Ablehnung jeder von den Interessen der Allgemeinheit erwünschten Regelung der Produktion. „Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs“ die Sehnsucht nach Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts der Landarbeiter, der Arbeitszeitregelung und der Tarifverträge.

Am bedenklichsten aber ist die Forderung der „Anpassung des Steuerwesens an die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Landwirte“. Nach der Meinung nicht nur der großen Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch nach dem Urteil der meisten Sachverständigen ist die Landwirtschaft finanziell nie so leistungsfähig gewesen wie gegenwärtig. Wie aber denken darüber die

Die Konferenz in Cannes

Erste Aussprache über Lloyd Georges Hilfsprogramm

EE. Cannes, 6. Januar.

In der heutigen Vormittagssitzung, die um Cercle Maitique um 11 Uhr begann, führte Briand den Vorsitz. In seiner Eröffnungsrede deutete Briand an, daß man auf der jetzigen Konferenz zu endgültigen Beschlüssen kommen müsse, damit die einmal gefaßten Entschlüsse nicht immer alle Vierteljahre geändert werden müßten. In einer großen Rede entrollte sodann Lord George auf Einladung Briands seine Projekte über die allgemeine wirtschaftliche Lage in Europa und formulierte gewisse Vorschläge zur Wiederherstellung Europas, wobei er als Grundfrage seiner Ausführungen den Bericht der Konferenz der Industriellen und Finanzleute nahm, die in der letzten Woche in Paris getagt hatte. Der englische Ministerpräsident betonte, daß das Schicksal aller europäischen Staaten eng miteinander verknüpft sei. Es sei unbestreitbar, daß die Wirtschaftslage Rußlands wichtige Auswirkungen auf die der ganzen Welt und insbesondere auf Deutschland habe. Er legte die engen Zusammenhänge zwischen Ost- und Mitteleuropa dar. Die Wirtschaftslage müsse unbedingt eine Veränderung erfahren, was durch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland geschehen könne. Frankreich hätte unter solchen Umständen ein Interesse an der Wiederaufnahme dieser Beziehungen, weil diese eine Besserung der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit und somit auch eine Besserung der deutschen Zahlungsfähigkeit hätten. Natürlich müßten einstweilen von der Sowjetregierung Sicherheiten verlangt werden. Eine der ersten Bedingungen, die zu

Landwirte? „Sie steht am Ende ihrer Leistungsfähigkeit“, so jammert der Edle v. Braun am 21. Dezember in der „Kreuzzeitung“. Die Landwirtschaft habe sich nie leicht schon zu spät entschlossen, „ihre eigene Machtposition zum Besten des Ganzen in einer Konzentration ihrer Kraftleistung einzusetzen“.

„Der Vorwurf trifft aber nicht die Landwirtschaft, die seit drei Jahren unermüdet gefordert hat, daß man sie von den Fesseln der Zwangswirtschaft und den anderen produktionshemmenden Einflüssen befreien möge, damit sie ihre Kraft frei entfalten könne, sondern die Regierung, die dafür taube Ohren gezeigt und nur mit der Frage sich beschäftigt hat, wie man aus dem Besitz möglichst viel Steuern für die Reparationszahlungen herauspressen kann. Wir müssen loskommen von der Steuerhypothek, die wie eine entsetzliche Krankheit auf dem ganzen Volkkörper lastet.“

Aber selbst, wenn der Reichsausschuß der Landwirtschaft die Erfüllung seiner steuerpolitischen Forderungen nicht zur Vorbedingung für die Steigerung der Erzeugung gemacht hätte, wäre keine Veranlassung, dem Plan der Landwirtschaft die Uneigennützigkeit zuwerfen. Agrarier und Agrariervereine sind gegenläufige, die sich scheiden wie Feuer und Wasser. Braucht man wirklich noch daran zu erinnern, daß der konservative Professor Dabbert anlässlich des Kampfes des Bundes der Landwirte gegen die Erbschaftsteuer im Jahre 1909 schrieb:

„Diese demagogischen Berufsvereinigungen, die sich nicht scheuen, das Heil des Reiches dem kleinsten eigenen Vorteil zum Opfer zu bringen, sind die größte Gefahr, mit der der moderne Staat zu kämpfen hat.“

Und schrieb nicht auch Helfferich, allerdings in seiner lange Zeit zurückliegenden besseren Vergangenheit:

„Aber was liegt unleren Agrariern, welche sich selbst als Zweck des Staates ansehen, an einem allgemeinen Zusammenbruch, wenn nur sie Gewinn davon haben.“

Aber auch in der Gegenwart liefern die Agrarier Tag für Tag dafür Beweise. Erst vor wenigen Tagen hat der deutschnationale Landtagsabgeordnete, Rittergutsbesitzer Schlang, in der „Deutschen Tageszeitung“ die eigennütigen Motive der Landwirtschaft mit aller Offenheit dargelegt. Er verlangt von der Regierung Sicherheit für den Landwirt, daß er bei Anwendung des Stichtoffes keinen finanziellen Hereinfall erleidet. Deshalb sei Beseitigung der Reste der Zwangswirtschaft erforderlich. Das Reich müsse aber weitergehen. Es dürfe dem Landwirt nicht nur keine Höchstpreise setzen, sondern Mindestpreise garantieren, „damit er die Sicherheit hat, daß er unter seinen Umständen ein wirtschaftliches Risiko erleidet“. Auch dürfe im nächsten Jahr kein Streik mehr auf dem Lande vorfallen.

In gleichem Maaße also, in dem die Landwirte nach Beseitigung des Zwanges durch den Staat rufen, verlangen sie von demselben Staat neuen Zwang. Die Ursache des Widerspruchs ist klar. Der bisherige gesetzliche Zwang entspringt dem Wunsch nach Schutz der Verbraucher. Der von den Landwirten gewünschte Zwang soll den Schutz der Erzeuger bezwecken. Denn wenn auch die Landwirte nicht an eine baldige Hebung des Marktpreises denken, so wollen sie doch schon Vorsorge für den Fall treffen, daß durch die Hebung des Marktpreises und durch die Einfuhr von billigen Nahrungsmitteln aus dem Auslande den Landwirten eine unerwünschte Konkurrenz bereitet wird. Der alte Ruf nach dem Schutzzoll, nach Schließung der Grenzen, wird also wieder erhoben.

Unter diesen Umständen kann es über die Bedingungen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft keine Diskussion geben. Sie sind für die Arbeiterklasse genau so unannehmbar, wie die Forderungen des Reichsverbandes der Industrie. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung kann nicht ohne staatlichen Zwang erreicht werden. Ebenfalls aber kann darauf verzichtet werden, die Landwirtschaft entsprechend ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit zu den Steuerlasten heranzuziehen. Die öffentliche Meinung, insbesondere die Arbeiterklasse, würde es niemals verstehen können, wenn in einem Augenblick, in dem sie auf das unerträglichste mit Lasten behudelt wird, die Steuerlasten der Landwirtschaft gelegentlich sanktioniert würde.

Das deutsche Stundungsgesuch

Antwort der Reparationskommission

Berlin, 6. Januar.

Die Reparationskommission hat heute auf die von der Kriegslastenkommission am 3. Januar übergebene Note folgende Antwort erteilt:

„Die Reparationskommission beehrt sich, der Kriegslastenkommission den Empfang ihres Schreibens vom 3. Januar zu bestätigen, worin mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung es für angezeigt erachtet, sich im gegenwärtigen Augenblick der Klärung auf die in dem Schreiben der Kommission vom 16. Dezember genannten Fragen zu enthalten. Demgegenüber kann die Kommission nur die Erklärung ohne Kommentar und ohne zu den von der Kriegslastenkommission angebotenen Gründen Stellung zu nehmen, wiederholen, die sie den Vertretern der deutschen Regierung am 29. Dezember mündlich abgegeben hat, nämlich daß die deutsche Regierung allein berufen ist, die Zweckmäßigkeit einer Antwort oder die Unterlassung einer Antwort auf das Schreiben vom 16. Dezember, sowie die Frage des Zeitpunktes der Antwort sofort oder später zu beurteilen, daß aber immerhin das in dem Schreiben der deutschen Regierung vom 14. Dezember vorgebrachte Stundungsgesuch von der Kommission erst nach Empfang der in dem Schreiben vom 16. Dezember bezeichneten Erläuterungen würde geprüft werden können. Die Reparationskommission weist die deutsche Regierung darauf hin, daß sie durch Abgabe dieser hierdurch wiederholten Erklärung ihre volle Verantwortlichkeit für ihre Entscheidungen überlassen hat.“

In der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember wurde bekanntlich die Beantwortung der drei Fragen über Zahlungsfristen, Höhe der Beiträge und der zu gewährenden Sicherheiten verlangt, ehe die Reparationskommission sich zu der Bitte Deutschlands um Zahlungsausschub äußerte. Die jetzige Antwort der Reparationskommission bedeutet also eine Ablehnung des deutschen Stundungsgesuches und eine Wiederholung derselben Forderungen, die in der Note vom 14. Dezember gestellt worden sind.

Rußland und die deutschen Reparationen

D. C. Berlin, 6. Januar.

Aus gutunterrichteter Quelle erfährt der Vertreter des Ost-Europas, daß die in gewissen Ententekreisen bestehenden Ermüdungen, Rußland auf Grund des Versailler Vertrages einen Anspruch auf Reparationszahlungen von Seiten

Organisierte Wucherwirtschaft

Privates Zuckermopol

Das Januarheft der Betriebsrätezeitung des A. D. G. B. und des A. D. B. bringt einen Aufsatz über die Neuordnung der deutschen Zuckerewirtschaft. Wir geben aus diesem Aufsatz, der erhebliches Aufsehen erregt, folgendes wieder:

„Die Zuckerewirtschaft, die unter Zwangswirtschaft stand, hat es zuzugebracht, den Verbrauch zur freien Wirtschaft zu verführen durch Bildung eines Privatmonopols. Wir sind in der Lage, den wesentlichen Inhalt dieses Monopolvertrages zu veröffentlichen, der zeigt, wie außerordentlich streng mit schärfsten Zwangsmitteln sich die Unternehmer organisierten, wenn es gilt, die Preise hochzuhalten, um Monopolgewinne der Allgemeinheit abzurufen. Zeigen doch die Geschäftsabschlüsse der Zuckerraffinerien, welche außerordentlich hohen Gewinne sie mit diesem lebensnotwendigen Bedarfsartikel erzielen.“

Das private Zuckermopol bestimmt nicht nur die Inlandspreise, sondern beherrscht auch die Einfuhr und Ausfuhr. Wie ein Ernährungsminister es hat fertig bringen können, ein solches Monopol entstehen zu lassen, ohne irgendwelche Kontrolle seiner Wirksamkeit zu sichern, ist völlig unerfindlich und zeigt deutlich das Versagen verantwortlicher Reichsorgane bei der Wahrnehmung der Interessen der Volksgemeinschaft.

Aus dem Monopolvertrag ist folgendes besonders bemerkenswert:

Die Neuordnung der Zuckerewirtschaft.

„Um den Rübenbauenden Landwirten den versprochenen Rübenpreis und den Rohzuckerfabrikanten den Preis von 210 Mark zu sichern hat die Zuckerindustrie den Verbrauch von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft nicht zugelassen, sondern eine Uebergangswirtschaft organisiert. Zu diesem Zweck hat der Verein der deutschen Zuckerindustrie mit seinen Mitgliedern folgenden Vertrag geschlossen:

Der Verein errichtet eine Zuckerewirtschaftsstelle, die von dem Vorsitzenden des Vereins und 9 Vertretern der Rohzuckerindustrie und der zuckerverarbeitenden Industrie unter Ausschluß der Arbeitnehmer und letzten Zuckerverarbeiter gebildet wird. Der Vorschlag von verarbeiteten Rohzucker, sowie die Nebenzeugnisse Melasse, Schmelz usw. ist frei. Die Zuckerverbrauchsfabriken dürfen nur Zucker verarbeiten, der von der Wirtschaftsstelle zugelassen ist. Die Einfuhr und die Ausfuhr von Zucker bedarf der Genehmigung der Zuckerewirtschaftsstelle. Mehrgewinne wie auch Verluste aus der Ein- und Ausfuhr werden auf Sicherheitsrücklagen verbucht.“

Die Zuckerewirtschaftsstelle bestimmt den vorläufigen Preis und stellt Höchstpreise für Verbrauchszucker fest. Zur Sicherung der Durchführungen der Vertrags-

Deutschlands zu gewähren, um diese zur Deckung der russischen Ententeschulden zu verwenden, keinerlei Anfang bei der Sowjetregierung findet. Die Sowjetregierung sei bestrebt, die Beziehungen zu Deutschland möglichst zu erweitern und vollkommen zu klären. Rußland beanspruche absolut keine materiellen Kompensationen und Zugeständnisse auf Grund des von ihm nicht anerkannten Versailler Vertrages. Der Artikel der Moskauer „Pravda“ vom 3. Januar, der in diesem Zusammenhang andeutungsweise von der Notwendigkeit deutscher Zugeständnisse an Sowjetrußland spricht, beziehe sich auf Zugeständnisse ganz anderer Art. Die Wünsche der Sowjetregierung gingen in dieser Hinsicht vor allem dahin, daß Deutschland sich zu einer vorbehaltlosen Anerkennung der russischen Sowjetregierung entschließen möchte, ohne sich hierin von der Haltung der Entente beeinflussen zu lassen.

Sitzung der Botschafterkonferenz

Paris, 6. Januar.

Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten, und zwar wurde die Ausführung der Friedensverträge durchgesprochen.

De Valera zurückgetreten

Dublin, 6. Januar.

Nach einer Meldung des „Freeman's Journal“ hat De Valera die Präsidentschaft der irischen Republik niedergelegt.

London, 6. Januar.

De Valeras Rücktritt ist im Dail Eireann (irisches Parlament) amtlich bekanntgegeben worden.

Der Rücktritt De Valeras ist eine Folge seiner Gegnerschaft gegen den englisch-irischen Vertrag, der die Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern endlich beenden soll. Der Friedenswille ist auch in Irland sehr stark und täglich mehrt sich die Zahl der Städte und Organisationen, die sich für Annahme des Vertrags aussprechen. So wurde der Widerspruch zwischen dem Willen des irischen Volkes und der Haltung seines obersten Beamten und verehrten Führers immer größer. De Valera hatte noch in den letzten Tagen eine stammende Proklamation an das irische Volk gerichtet, in der er davon abriet, der natürlichen Sehnsucht nach Frieden Folge zu geben und eine Entschädigung zu fällen, die von den kommenden Generationen verflucht würde. Da die Mehrheit des irischen Volkes anderer Meinung ist und den vorliegenden Vertrag als eine Möglichkeit ansieht, endlich nach opfervollen Kämpfen zur ersehnten Freiheit und Selbständigkeit zu gelangen, ist der Rücktritt De Valeras nur eine demokratische Selbstverständlichkeit.

Calonder in Oberschlesien

Die Beschäftigung des Industriegebietes durch Bundesrat Dr. Calonder hat am Donnerstag ihren Anfang genommen. Zunächst bereifte Dr. Calonder den in Polen fallenden Teil Oberschlesiens. Er begab sich von Katowitz aus in Begleitung der Mitglieder des Völkerverbands Dr. van Samel, Hnam, Lovelan, Chappen und Wellmann nach Myslowitz. Dort wurde die Fahrt ging weiter nach Lipine, wo Dr. Calonder das Silesia-Zinkbüttenwerk besuchte. Danach wurde die Friedenshütte besichtigt. Nachmittags traf Dr. Calonder wieder in Katowitz ein. Von deutscher Seite befanden sich in der Begleitung Dr. Calonder die Staatssekretäre Lewald und Göpper, von polnischer Seite begleiteten ihn u. a. Minister Dlussowski, Pawlowski, Eberhardt und Niedron, ferner auch der amerikanische Oberst Barber, technischer Beirat des Warschauer Finanzministeriums, und Direktor Drehscher.

Justizreformbesprechungen in Preußen. Amlich wird der „Dona“ mitgeteilt: Am 5. d. M. fand im preussischen Justizministerium eine Besprechung mit sämtlichen Oberlandesgerichtspräsidenten statt, bei der u. a. Fragen der Justizreform den Gegenstand der Erörterung bildeten.

vereinbarungen hat jedes Mitglied eine Sicherheitsabgabe von 25 Mark pro Zentner zu zahlen. Ferner die Beiträge, die an Umfahner gezahlt werden, sowie die Beiträge, die beim Verkauf von Verbrauchszucker mehr erzielt werden. Alle diese Einnahmen werden verzinslich angelegt und sollen auch zu Darlehen an kapitalbedürftige Firmen ausgeben werden.

Aus diesen aufgammelten Beiträgen soll den Fabriken Verzinsung gezahlt werden, die besondere Aufwendungen zur Erhaltung und Wertung der Rüben gemacht haben. Weichen noch Reste, so sollen sie zur Herabsetzung der Verbrauchszuckerpreise dienen.

Die Vertragsfirmen verpflichten sich, jegliche Kontrolle der Fabriken, Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse seitens der Zuckerewirtschaftsstelle zuzulassen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die Vereinbarungen kann die Zuckerewirtschaftsstelle auf die Sicherheitsrücklage zurückgreifen.“

Das Unternehmertum schafft auf solche Weise geradezu vorbildliche Kraft zentralistische Organisationen, um Art und Umfang der Produktion in ihrem Sinne zu regeln. Es bedient sich dabei nicht nur solcher Verbindungen, die auf Grund freier Disziplin bestehen, sondern die durch stärksten Zwang und Strafordnungen zusammengehalten werden. Es beschränkt die freie Verfügung des einzelnen Besitzers über die Verwendung der Produktionsmittel auf ein so geringes Maß, daß von der sonst so gepriesenen und angeblich unentbehrlichen herrlichen Initiative der freien und stolzen Unternehmerpersönlichkeit keine Rede mehr sein kann. Alles das aber geschieht nicht, um rationeller und billiger zu wirtschaften, sondern — nach eigenem Verständnis — um den Produzenten einen hohen Preis zu garantieren, nicht zur Wahrung des gemeinen Wohles, sondern zum Zweck höchstgezügelter Ausbeutung der Konsumenten. Würde eine Regierung die Produktion in zweckmäßiger Weise organisieren, um dem Gemeinwohl zu nützen, so würden dieselben unerfüllbaren Profitgeier „Bolschewismus“ brüllen.

Aber die Regierung ist weit entfernt von solchem Tun. Sie hat sich noch immer durch das Gebrüll und durch die sachverständigen Urteile der Unternehmer und Unternehmerverbände einschüchtern lassen. Nun ist sie in der Tat nicht einmal in der Lage, diese schamlose Ausbeutung zu verhindern. Und wer ist der Ernährungsminister, über dessen Impotenz das Betriebsräteblatt des A. D. G. B. sich verwundert? Her mes heißt er und Unterernährungsminister wird er genannt!

Kann man sich da noch wundern...?

Ablieferung und Erfassung von Ausfuhrdevisen

Dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats lag in seiner ersten Sitzung im neuen Jahre der Geleitentwurf über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen, ferner der Geleitentwurf über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevisen vor.

Beide Geleitentwürfe gehen zurück auf eine Note des Garantiekomitees vom 17. November 1921, die in Ausführung des Art. VII Abs. 2b des Zahlungsplanes zum Ultimatum vom 5. Mai 1921 verlangt:

1. daß die deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen treffe, um die an die Außenhandelsstellen engagierten Wechseln gekehlich festzulegen mit dem Ziele, einen ansehnlichen Teil der durch die Ausfuhr anfallenden ausländischen Devisen zur Verfügung der deutschen Regierung zu stellen;

2. daß die deutsche Regierung gekehliche Maßnahmen treffe, die es ermöglichen, die im Zahlungsplane vorgesehene unmittelbare Erfassung der 25 v. H. Abgabe vom Werte der Gesamtausfuhr sofort in Kraft zu setzen, falls das Garantiekomitee dies wünschen sollte.

Das Geleit über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen soll demnach an dem gegenwärtig in Uebung befindlichen Verfahren grundsätzlich nichts ändern, sondern lediglich die vom Garantiekomitee verlangte besondere gekehliche Unterlage schaffen.

In der Erörterung brachten die Arbeitgebervertreter zum Ausdruck, daß der Geleitentwurf über Ablieferung von Ausfuhrdevisen in seiner Formulierung der Begründung widersprechend weil über den bisherigen Zustand hinauswiese und wirtschaftlich undurchführbar sei. Ihnen schloß sich ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften an, während die anderen Arbeitnehmer hervorhoben, daß es sich um wesentlichen um eine Wiederholung der alten Devisenordnung handle und für den Entwurf waren. Mit 9 gegen 8 Stimmen wurde dann folgendes Abänderungsantrag einstimmig angenommen:

„Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung kann die im § 1 der Verordnung über die Außenhandelskontrolle vom 26. Dezember 1919 vorgesehene Ausfuhrbewilligung von der Bindung abhängig machen, daß Zahlungsmittel und Forderungen, welche auf die in der Ausfuhrbewilligung bezeichneten Auslandsbewilligung lauten, in Höhe des in der Bewilligung genannten Wertes oder eines Teiles dieses Wertes der Reichsbank oder den von ihr zu bestimmenden Stellen anzubieten sind. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung erteilt die erforderlichen Ausfuhrbestimmungen mit der Maßgabe, daß das Aufkommen bis insgesamt 25 v. H. des Wertes der Ausfuhr im Sinne des Art. 6 VII Abs. 2b des Zahlungsplanes zum Ultimatum vom 5. Mai 1921 sicher gestellt bleibt.“

Die Änderung hat den Sinn, daß die sogenannte Zwangs-erfassung des § 1 des Entwurfs (mit Zulassung von Ausnahmen in § 3) verwandelt wird in eine „Ermächtigung“ des Reichskommissars, weil dies dem augenblicklichen Zustand tatsächlich entspricht. Die so veränderte Vorlage wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.

Zu dem Entwurf über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevisen für Reparationsleistungen führte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aus, daß die Regierung hoffe, ohne diese unmittelbare Erfassung die zur Abfuhr von 25 v. H. des Wertes der Ausfuhr an das Garantiekomitee erforderlichen Devisen sich beschaffen zu können, so daß es nicht notwendig wird, von der durch dieses Geleit erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen, deren Folge eine wirtschaftliche Katastrophe wäre. Der Entwurf wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen.

Stahlpreise

Düsseldorf, 6. Januar.

In der letzten Sitzung des Inlandsarbeitsausschusses des Eisenwirtschaftsbundes wurde beschlossen, daß ein Organ dieses Ausschusses, bestehend aus Vertretern der Erzeuger und Verbraucher und des Handels (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) an der Festlegung der Stahlpreise des deutschen Stahlbundes mitwirken soll. Es hat heute eine solche gemeinsame Sitzung stattgefunden, die zu dem Ergebnis führte, daß die bisherigen Stahlpreise vorläufig beibehalten werden sollen. Im Hinblick auf die erwartende Verteuerung durch Kohlensteuern, Krafterschöpfung usw. ist eine erneute Besprechung Ende dieses Monats in Aussicht genommen, in der geprüft werden soll, ob und in welchem Umfang eine Änderung der bislang geltenden Stahlpreise vorgenommen werden muß.

Die Staatsautorität

Der Reichseisenbahnminister entschuldigt sich

Das Reichseisenbahnministerium verbreitet folgende Mitteilung an die Presse:

„Die Regierung hat in dem Eisenbahnstreit in keiner Richtung ihren von Anfang an eingenommenen festen Standpunkt verlassen, das heißt Ablehnung des allgemeinen Vorschusses von 1000 bzw. 750 M. dagegen Bereitwilligkeit, auf Grund des Reichslohntarifs über Ortsklassenverzeichnisse und Uebertuerungszuschüsse zu verhandeln.“

1. Die Uebernahme des Beamtenortsklassenverzeichnisses in den Reichslohntarif bildete bereits seit Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag den Verhandlungsgegenstand des Reichsverkehrsministeriums mit den Organisationen. Da jedoch die Organisationen unter sich nicht schlüssig werden konnten, ob es vom Standpunkt des Reichslohntarifs besser wäre, ein besonderes Ortsklassenverzeichnis für die Arbeiter wie bisher bestehen zu lassen oder das Beamtenortsklassenverzeichnis zu übernehmen, zogen sich die Verhandlungen in die Länge. Erst am Sonnabend, den 31. Dezember 1921, wurde von den Organisationen die gemeinsame Erklärung abgegeben, es möge das Beamtenortsklassenverzeichnis in den Reichslohntarif übernommen werden. Diesem Entzage zu widersprechen, lag für den Reichsverkehrsminister um so weniger Anlaß vor, als bereits zwei Wochen vorher für die Staats- und Gemeinbediensteten und für die Arbeiter der Reichspostverwaltung dasselbe geschehen war.

2. Bereits vor dem Streik, in den Besprechungen am 23. und 24. Dezember, ist den vertragschließenden Organisationen vom Reichsverkehrsminister der Weg vorgeschlagen worden, durch eine neue Regelung der Uebertuerungszuschüsse an denselben Orten zu helfen, wo die Eisenbahnlohnne erheblich hinter den Industriehöhen zurückgeblieben waren. Dieser Vorschlag des Reichsverkehrsministers fand alsdann auch tatsächliche in der Vereinbarung mit den Organisationen vom 31. Dezember 1921, Ziffer 2 und 3, seinen endgültigen Ausdruck.

3. Aus Vorstehendem erhellt, daß die den Abschluß des Streiks herbeiführende Vereinbarung vom 31. Dezember 1921 nichts anderes enthielt, als was auch ohne jede Streikbewegung zustande worden wäre. Bei dieser Sachlage kann von einer Preisgabe der Autorität der Regierung nicht im mindesten gesprochen werden.“

Der Eisenbahnminister scheint der Welt beweisen zu wollen, daß er auch aus dem Eisenbahnstreit nichts gelernt hat. Wenn schon die Regierung alle Zugeständnisse, die in den Vereinbarungen enthalten sind, auch ohne den Streik hätte machen wollen, warum ist es dann nicht vor dem Streik zu Verhandlungen mit diesem Ziel gekommen? Einfach darum, weil alle Aeußerungen der Regierung wie eine Ablehnung jedweder Verhandlungen und Zugeständnisse wirkten. Dadurch wurde, wie wir von Anfang an betont haben, dieses Verhalten der Regierung die Ursache zum Streik. Und der Streik erst gab den Anstoß zu erfolgreichen Verhandlungen.

Aber wir haben nunmehr keine Hoffnung mehr, daß man das im Reichsverkehrsministerium begreift, und auch keine Veranlassung, uns mit den Herren über den Gang der Dinge auseinanderzusetzen. Der Was des Herrn Grüner ist jedoch aus vielfachen Gründen ein schlimmes Zeichen. Wer ist es, der dem Minister den Vorwurf macht, er habe die Staatsautorität preisgegeben? Nur die extreme Reaktion, die um Stinnes und Helfferich. An ihre Adresse ist also diese jämmerliche Entschuldigung gerichtet. Es ist schlimm, daß es gerade der Reichseisenbahnminister für notwendig hält, sein Verhalten vor diesen Kreisen zu rechtfertigen, anstatt alle Versuche, ihn scharf zu machen, achlos zu übergeben und zu den Arbeitern und Beamten seines Ressorts jenes Vertrauensverhältnis zu suchen, das eben, wie der Verlauf der jüngsten Bewegung gezeigt hat, durch seine Schuld noch völlig fehlt. Ein solches Vertrauensverhältnis ist aber die Voraussetzung für ein Zusammenwirken auf dem Boden kollektiver Vereinbarungen über den Arbeitsvertrag. Staatsautorität ist auf diesem Gebiete gleichbedeutend mit dem Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmung. Zu ihm bekennt sich der Minister in seinem Entschuldigungsschreiben von neuem, und das ist wiederum nicht geeignet, jene Atmosphäre des Vertrauens herzustellen. Besonders schlimm aber ist es, daß der Reichsverkehrsminister diese Aktion gerade in diesem Augenblick für notwendig hält, da neue Verhandlungen im Gange sind. Wir fürchten, daß er sie damit nicht gerade gefördert hat.

Die Beamtenverhandlungen verlagert

Die gestern im Reichsfinanzministerium eingeleiteten neuen Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches, über die wir bereits berichteten, sind zunächst bis Anfang nächster Woche verlagert worden. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß die Regierung vor Ausfrage mit den Finanzministern der Länder keine Vorschläge vorgelegen imstande ist und die Gewerkschaften das Angebot der Regierung abwarten wollen. Infolgedessen ist man vorläufig über eine allgemeine Aussprache nicht hinausgekommen.

Glückspilz Kessel

Im Herbst vorigen Jahres wurde in Bielefeld in Schlesien eine Nachrichtenstelle der Geheimorganisation C (Kapitän Ehrhardt) ausgeschoben. Die Durchsuchung führte jedoch zu keinem vollen Ergebnis, weil die Nachrichtenstelle vorher gewarnt worden war und das wichtige Material bereits abtransportiert worden. Der Leiter der Nachrichtenstelle, Herr Dr. Arnold Ruge aus Heidelberg, wurde in Haft genommen, durch die eigenmächtige Handlung eines Breslauer Richters jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Ruge machte sich sofort aus dem Staube und der nachträglich gegen ihn erlassene Steckbrief zeitigte keinen Erfolg.

Etwas anders gestaltete sich das Schicksal des gleichfalls verhafteten Hauptmanns Kessel, der aber mit dem Mordanschläger gleichen Namens nicht identisch ist, sondern in Wirklichkeit Kiefer heißt und eine recht dunkle Vergangenheit hinter sich hat. Dieser wurde verhaftet und nach München transportiert, angeblich, weil die schlesische Nachrichtenzentrale in Verbindung mit dem in München aufgestellten Freikorps Oberland gearbeitet haben sollte. Kiefer wurde unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord verhaftet. Tatsächlich sind auch in Schlesien mehrere Angehörige des Selbstschutzes ermordet worden, und die Befehle dazu sollen von Kiefer ausgegangen sein. Trotzdem ist Kiefer jetzt von dem Münchener Gericht aus der Haft entlassen worden, und zwar deshalb, weil das zuständige Gericht in Breslau innerhalb einer Frist von vier Wochen die Fortdauer der Haft nicht gefordert hatte.

Da das Befragungsmaterial gegen Kiefer auch den Münchener Gerichten vorlag, kann die Haftentlassung nicht lediglich auf nichterfüllte Formalien zurückzuführen sein. Wir haben eben in

Deutschland noch immer gute Zeiten für Mörder, das heißt natürlich nur für jene Mörder, die den rechtsradikalen Kreisen angehören.

Das angebliche Steuerkompromiß

Die „Koschische Zeitung“ weiß wieder allerlei über die Besprechungen im Reichsfinanzministerium zu erzählen, bei denen ein Steuerkompromiß herauskommen soll. Sie schreibt u. a.:

„Wenn von sozialistischer Seite mit einem gewissen Nachdruck darauf hingewiesen wurde, daß der kritische Punkt in der Steuerfrage noch nicht übermunden sei, so trifft das zweifellos zu. Nach wie vor ist die Frage der Besteuerung der Sachwerte, die die wichtigste Forderung im sozialistischen Steuerprogramm ist, von den bürgerlichen Parteien aber geschlossen und entschieden abgelehnt wird, das wesentlichste Hindernis für eine Verständigung. Aber es hat doch den Anschein, daß die Aussichten auf eine Ueberwindung dieses Hindernisses, etwa dadurch, daß gewisse direkte Steuern etwa härter angezogen werden, als in den Regierungsvorlagen vorgesehen war, in den letzten Tagen erheblich größer geworden sind, und daß ein Kompromiß heute für möglich, sogar für wahrscheinlich gehalten werden darf.“

Soweit wir unterrichtet sind, sind die sozialistischen Parteien weit davon entfernt, die Forderung nach der Erfassung der Sachwerte zugunsten einer „gemeinsamen Basis“ zur Lösung des Steuerproblems preiszugeben. Im übrigen werden über die Haltung der Organisationen der Arbeiterbewegung in der Steuerfrage demnächst Veröffentlichungen von zuständiger Seite erfolgen.

200 Millionen Ablafsgeld

Die Oppauer Anilinfabrik will nicht zahlen

Am Tage der Katastrophe von Oppau hielt der Gemeinderat des Ortes eine feierliche Sitzung ab, an der auch verschiedene Mitglieder der Direktion der Badischen Anilin-Fabrik teilnahmen. An jenem Tage, an dem die Menschheit unter dem furchtbaren Eindruck des Unglücks stand, gaben diese Herren die bestimmte Versicherung ab, daß die Fabrik für alle Schäden des Unglücks aufkommen werde. Späterhin wurde diese Versicherung mehrfach wiederholt.

Inzwischen sind Monate ins Land gegangen. Millionen sind zur Steuerung der durch die Katastrophe entstandenen Not gesammelt worden, aber es ist auch festgestellt worden, daß allein die Produktionsmethoden der Fabrik die Schuld an dem Unglück tragen. Trotzdem treffen die Herren Direktoren gegenwärtig Anstalten, sich vor dem vollen Ersatz des Schadens zu drücken. Von amtlicher Seite wird über die Auffassung der Direktion über ihre Verpflichtung zur Wiedergutmachung des Schadens folgendes mitgeteilt:

Es sei niemals behauptet worden, daß die Firma die Sammelgelder für den Wiederaufbau ihres Wertes verwenden wolle. Ganz abgesehen davon, ob eine rechtliche Verpflichtung der Fabrik vorliegt oder nicht, sei es aber Sache der Fabrik, auch die bei den Privaten angerichteten Schäden aus ihren Mitteln wieder gutzumachen, so daß die Sammelgelder in erster Linie nur für die Hinterbliebenen der bei der Katastrophe Getöteten, für die Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten, sowie zur Durchführung von Wohltätigkeitshandlungen und der ersten Hilfe verwendet werden könnten. Die Anilinfabrik habe sich aber zu dieser Selbstverständlichkeit nicht verstehen können. Das Angebot von 200 Millionen Mark sei vom bayerischen Staatsminister in Uebereinstimmung mit der bayerischen Landes- und der Reichsregierung als ungenügend erachtet worden, weil es sich absolut auf eine bestimmte Summe beschränke, während heute noch niemand wisse, welche Mittel zum Wiederaufbau notwendig seien.

Die Badische Anilinfabrik will also ganze 200 Millionen Mark für die auferlegten der Fabrik angerichteten Schäden hergeben und es im übrigen den Geschädigten überlassen, sich selbst zu helfen. Eine größere Unverschämtheit derer, die aus Blut und Leiden angemessene Profite schinden, ist nicht gut denkbar. Aber es scheint der christlichen Moral dieser Herren zu entsprechen, daß sie sich mit — 200 Millionen von allen ihren Sünden loskaufen möchten. Es ist schlimm genug, daß es die Fabrikdirektion überhaupt wagen darf, bei der Regelung der Wiedergutmachung des Schadens mitzureden, und daß diesen Herren nicht einfach diktiert wird, was sie zu tun haben. Da eine klare rechtliche Verpflichtung zur Tragung des vollen Schadens nach Ansicht der amtlichen Stellen, deren Mitteilung wir oben wiederholten, nicht zu bestehen scheint, wäre es notwendig, eine solche Schenkung durch ein besonderes Gesetz zu schaffen.

Kleine Nachrichten

Einheitsbestrebungen in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung. Der Vorkommisausschuß des Brünnener Arbeiterrates hatte die Vertreter sämtlicher tschechoslowakischer Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Bildung der proletarischen Einheitsfront eingeladen. Sämtliche Delegierte sprachen sich für die proletarische Einheitsfront aus. Es wurden eine Reihe von Anträgen angenommen, durch die die notwendigen Vorbereitungen für die praktische Durchführung des Zusammenschlusses festgelegt wurden.

Böswillige Erfindungen. Der kommunistische Stadtrat Weigel gab im Münchener Stadtrat die Erklärung ab, daß der Untersuchungsausschuß der Kommunistischen Partei nach Einsicht in das Aktenmaterial betr. die Bertlung der amerikanischen Geldspende an die polnischen Festungsgesangenen ihn aufforderte, seine Funktionen einschließlich seines Stadtratsmandates nicht niederzulegen, da die gegen ihn erhobenen Vorwürfe böswillig erfunden seien.

Süddeutsche Ministerpräsidentenbegegnung in München. In der nächsten Woche werden die Ministerpräsidenten von Württemberg und Baden dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Gegenbesuch abstatten, dem nach der „Dona“ politische Bedeutung insofern beizumessen ist, als Graf Lerchenfeld in den süddeutschen Staaten neuerdings um aktive Unterstützung für seine föderalistische Politik wirbt.

Trennung von Kirche und Staat in der Tschecho-Slowakei. Wie die Prager „Tagwacht“ erzählt, ist als Beginn der Aktion zur Trennung von Kirche und Staat ein Gesetz in Vorbereitung, in dem die Schaffung von selbständigen kirchlichen Gemeinden vorgelesen ist. Das bisher geltende Kirchenjahr wird abgeschafft und an dessen Stelle das bürgerliche Kalenderjahr eingeführt.

Rumänische Pressefreiheit. Das Amtsblatt in Bukarest veröffentlicht ein Dekret, durch das die Zensur für Zeitungen und Zeitschriften im ganzen Königreich, ausgenommen in den Millionen an der Grenze, abgelehnt wird. Verboten sind jedoch Artikel mit Angriffen gegen die Krone, das Heer und die alliierten Mächte und solche, die zum Aufruhr aufrufen und die öffentliche Ordnung gefährden. — Mit diesen Einschränkungen hätte man es ruhig bei der Zensur belassen können. Der bestehende Zustand wird sich bei feingewählter Anwendung der neuen Verordnung kaum verändern.

Gewerkschaftliches

Praktiken eines Demokraten

Wie man sich nicht genehmer Arbeiterräte zu entledigen verucht

Uns wird geschrieben: Ganz eigenartige Anschauungen über die Aufgaben und Rechte des Arbeiterrates scheinen bei dem demokratischen Stadtverordneten Moritz Rosenthal, welcher in Berlin, Stralauer Straße 45, Inhaber einer Wäschefabrik ist, vorzuherrschen. Es ist dies ein äußerst vornehmer und feinführender Herr von echt demokratischer Gesinnung, der sich auf Grund seiner Parteipolitik die Anerkennung und Innehaltung der Gesetze zur Lebensaufgabe gemacht hat. Um diese gegenständliche Aufgabe zu vollenden, besteht auch bei der Firma ein Arbeiterrat, der auf Grund des B. R. G. § 78 weitgehendst mitwirken kann. Natürlich nur in dem Sinne, wie es Herr Rosenthal versteht.

Ein Dorn im Auge sind diesem demokratischen Herrn Betriebsrätegesetz und Tarifvertrag, insbesondere, soweit der Arbeiterrat rechtliche Ansprüche hieraus überleitet.

Schon von jeher ist bei dieser Firma mit den niedrigsten Mitteln versucht worden, sich der nicht genehmen Arbeiterräte zu entledigen, indem man ihnen Geld bot, um sie dadurch zu veranlassen, das Amt niederzulegen oder den Betrieb zu verlassen. Leider ist dieser Versuch bei einem Arbeiterratsmitglied von Erfolg gewesen. Anderen wieder bot man an, ihnen Betriebswerkstätten einzurichten, oder versuchte, sie in auswärtigen Filialen unterzubringen. Gelingt es auf diese Art nicht, das Arbeitnehmerinteressen vertretende Arbeiterratsmitglied loszuwerden, so versucht man eine noch üblere Art, und zwar die des Heraussetzens, indem man den Arbeiterrat der Länge oder anderer ehrenrühriger Sachen bezichtigt. Dies ist letzthin geschehen, und trotzdem der Bekleidungsarbeiterverband sich anbot, für das von Seiten des Arbeiterrats Gesagte den Beweis anzutreten, hat es dieser Herr nicht für nötig gehalten, die Beleidigung zurückzunehmen. Lieber eine bewußte Ehrabwürdigung, wenn nur das Prestige gewahrt bleibt.

Es ist hier die Frage aufzuwerfen, wie weit die Strafbestimmungen des B. R. G. nach §§ 95—99 durch das Vorgehen dieses Herrn verletzt sind. Sade des Gewerbeaufsichtsamts als Bezirkswirtschaftsrat wäre es hier einmal eine Recherche vorzunehmen, aber nicht jene, bei der das Gewerbeaufsichtsamts seine Aufgaben darin zu erfüllen glaubte, die Vorhänden des Arbeiterrats auf die besondere Loyalität der Firma hinzuweisen und Stimmung zu machen für Ueberstunden ...

Annahme des Schiedspruches für die Holzarbeiter

Die gestrige Versammlung der Holzarbeiter nahm nach ergebnisreicher Aussprache den Schiedspruch im Holzgewerbe mit Mehrheit an. Den Spruch selbst bringen wir in der Abendnummer.

Kampfstimmung im Einzelhandel

In der gestern abend im Großen Saal des Gewerkschaftshauses stattgefundenen Mitgliederversammlung der Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel berichtete Polkmeier zunächst über die am 23. Dezember 1921 stattgefundenen Verhandlungen. Das Angebot der Arbeitgeber, welches nur eine Familienzulage vorsieht, wurde als eine Provokation betrachtet. Die Handelshilfsarbeiter sind fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen, falls die Arbeitgeber sich nicht bereit erklären, für alle Gruppen den entsprechenden Lohnzulagen zu gewähren.

Tatsächlich vom Angestelltenverband gab seiner Bestätigung darüber Ausdruck, daß es endlich gelungen sei, eine gemeinsame Front der Hand- und Kopfarbeiter herzustellen. Den Angestellten haben die Arbeitgeber das gleiche Angebot in den Transportarbeitern gemacht. Am 7. Januar 1922 finden die Schlussverhandlungen statt. Falls dann kein zufriedenstellendes Resultat erreicht wird, werden Angestellte und Arbeiter gemeinsam den Kampf aufnehmen. Am Sonntag, den 8. d. M., vormittags 11 Uhr, findet im Volkspark eine öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Gemeinsame Front gegen das Unternehmertum. Referenten: Koll. Bubbly vom Angestelltenverband und Polkmeier vom Transportarbeiterverband. In dieser Versammlung wird gleichzeitig der Bericht über die am Sonnabend stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern gegeben.

Eisenbahner für die Einheitsfront

In der am 2. Januar stattgefundenen Betriebsversammlung des Bahnhofs Pankow referierte der Kollege Geseke über „Die wirtschaftliche Lage und den Kampf der Eisenbahner“. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Mit dem Ergebnis, die sich anbahnende Einheitsfront von Arbeitern und Beamten, die sich im Kampf über die Partei- und Organisationsgrenze hinweg die Hand reichen, besser in die Wege zu setzen und zu festigen, wurde die ausdrucksvolle Versammlung mit folgender, einstimmig angenommener Resolution geschlossen:

„Die am 2. Januar im „Kurfürsten“ tagende allgemeine Betriebsversammlung des Bahnhofs Pankow hält die vorläufige Regelung der Lohn- und Gehaltsbewegung trotz der Zugeständnisse für völlig unzureichend und erwartet, daß die am 5. Januar mit dem Reichskabinett beginnende Hauptverhandlung von vollem Erfolg sein wird. Sollte unser Vertrauen getäuscht werden, so werden wir in voller Geslossenheit den Kampf für die Sicherung unserer Lebensnotwendigkeiten von neuem aufnehmen.“

Eisenbahner. Wie im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen, welche am Eisenbahnstreik beteiligt waren und im Besitze einer Kontrollkarte sind, geben die Bücher und Kontrollkarten an die Funktionäre ab, zwecks Auszahlung der Streikunterstützung. Karten und Bücher werden im Zimmer 10 des Verbandshauses, in der Zeit von 9 bis 4 Uhr, abgegeben.

Angestelltenversicherungswahl! Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, die sich zur Wahlhilfe am Sonntag, den 8. Januar 1922, zur Verfügung stellen und keine Benachteiligung der Organisation erfahren, melden sich am Wahltag ab 11 Uhr vormittags im Zweibureau des Zentralverbandes der Angestellten, Kommandantenstraße 62/64.

Genossenschaftsangelegenheiten. Die Lagerhalter, Verkaufserinnen, Kontoristinnen und Bureauangestellten sowie das kaufmännische Personal der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, des Konsumvereins „Merkur“ in Spandau, sowie des Beamtenwirtschaftsvereins haben das Wahlrecht zur Angestelltenversicherung. Niemand veräume es am Sonntag auszuüben. Jeder gebe seine Stimme für den A. P. Bund ab.

Werkzeugmacher! Um eine endgültige Regelung über die Frage, ob die Werkzeugmacher in Lohn oder Akkord arbeiten können, zu erzielen, hat die Branchenversammlung der Werkzeugmacher am 2. Januar 1922 beschließen, in den Betrieben welche dem Verband Berliner Metall-Industrieller angeschlossen sind, darüber eine Urabstimmung vorzunehmen. Soweit die Betriebsräte uns gemeldet sind, ist ihnen das Material und Stimmzettel zugesandt worden. Die Betriebsräte oder Absente, welche bis Freitag, den 4. Januar nicht im Besitze des Materials sind, bitten wir im Interesse einer einheitslichen Regelung der Entlohnung der Werkzeugmacher, das Material und die Anweisungen aus unserem Bureau, Eilenstr. 83—85, Zimmer 10, in Empfang zu nehmen. Wir hoffen, auf diese Weise eine endgültige Regelung herbeiführen und bitten darum dringend um die Mitarbeit der Betriebsräte oder Absente. — Die Disziplinierung.

Der ganze Norden

kann elegantes und preiswertes Schuhwerk tragen, wenn er den Inventurverkauf im Schuhhaus Cassel, Badstr. 54

beachtet Dort kaufen Sie z. B.

1 Paar eleg. Herrenstiefel, Rindboz, vorzügl. Fabrikat, schon für 235-245
1 Paar elegante Herrenstiefel mit Lackkappe für 265
1 Paar Herrenstiefel, Fahlleder, besonders preiswert . . für 198

Drei Minuten Weg vom Bhf. Gesundbrunnen und Sie sind an der Quelle für
Damenstiefel, Roß-Chevreaux, randgenäht oder
Damenstiefel, prima Borcalk, Rahmenarbeit oder Mf. 295
Damenstiefel, Hochschaft, sehr elegant

Diese Preise genügen vollständig, um unsere Leistungsfähigkeit zu beweisen; denn wer diese geringen Beträge und die vorzügliche Ware in Betracht zieht, ist zufrieden

und ist überzeugt, daß diese Anzeige ihn gut beraten hat und ein guter Wegweiser in diesen teuren Zeiten gewesen ist.

Daß wir aber noch billigere Ware und so große Auswahl haben, daß jeder etwas Passendes unbedingt findet, beweisen noch folgende Zeilen:

Sie kaufen bei uns

Für Mf. 125
Damenhalbschuhe, prima Rindboz,
mit und ohne Lackkappe
oder für Mf. 145
elegante Halbschuhe mit Stegspange

Für Mf. 139 bis 159
eine Spezialmarke in ganz besond. haltbaren
Kindernietenstiefeln in den Größ. v. 27-35
oder für Mf. 89 bis 99
Kinderstiefel in allen Größen bis zur Nr. 35

Mf. 95- bis 215-
genügen zum Ankauf eleganter Damenstiefel in Rindboz oder Roß-Chevreaux in vorzüglicher Ausführung

Gute Ware können wir außerdem in sogen. Fensterpaaren, speziell Damenstiefeln u. Halbschuhen (kl. Größen) **anbieten!**
Warmen Schuhen und Pantoffeln

Arthur Cassel G.m.b.H.

Das Hilfswerk der Quäker in Deutschland

Aufnahme des Hilfswerks in Russland

Wegen der in Russland aufs höchste gestiegenen Not und um dort helfen zu können, haben sich mit Beginn dieser Woche die amerikanischen Quäker nach zweijähriger Tätigkeit von ihrer persönlichen Mitarbeit an der Verwaltung der großzügigen Kinder-Speisung in Deutschland zurückgezogen. Die den Quäkern von hilfsbereiten amerikanischen Menschenfreunden anvertrauten Lebensmittel wurden der deutschen Regierung übergeben, die ihrerseits den „Deutschen Zentralausschuss für die Auslandshilfe“ mit Fortführung des Kinderhilfswerkes im Sinne und Geiste der Quäker beauftragt hat. Lediglich eine kleine Gruppe von Quäkern bleibt als Ratgeber und Treuhänder der amerikanischen Spender in Deutschland zurück. Alle anderen Kräfte werden zur tatkräftigen Hilfe in den weiten Hungergebieten Russlands freigestellt.

Anlässlich der Übergabe des Hilfswerkes der Quäker an den Deutschen Zentralausschuss für die Auslandshilfe fand am Dienstag eine schlichte Feier statt, bei der Vertreter der beteiligten Behörden und Organisationen den Quäkern Dank für ihre Wert der reinsten Menschenliebe abtroteten. U. a. sprach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften der zweite Vorsitzende des A. D. G. B., Graumann. Er wies darauf hin, daß die Taten und das Wirken der Quäker der deutschen Arbeiterschaft unvergessen bleiben würden. Den Dank würde die deutsche Arbeiterschaft abtroteten durch Zulassen der Zähne und frisches Zupacken an dem Aufbau der zermürbten Welt. Die Art und Weise, wie die Quäker geholfen haben, hätte den deutschen Arbeitern, die stets lieber gegeben als genommen hätten, das Nehmen erleichtert.

Die Leistungen der Quäker in Deutschland

Genau vor zwei Jahren kamen die ersten amerikanischen Quäker nach Deutschland, trotzdem noch formal der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland bestand. Seit Bestehen der Menschheit ist ein derartiges großzügiges Hilfswerk wie das der Quäker in Deutschland noch nicht durchgeführt worden. Millionen von unterernährten Kindern, hoffenden und stinkenden Müttern, wurden ohne Rücksicht auf das religiöse oder politische Glaubensbekenntnis gespeist. Die liebevolle Eindringlichkeit, die Tatkraft und das frische Zupacken der Quäker müssen Bewunderung und Dank in allen Volksebenen erregen. Und das alles taten die Quäker ohne lautes Reden und ohne jeden Bureaumatismus. Daran können sich die deutschen Behörden und privaten Wohltätigkeitsorganisationen ein Vorbild nehmen. Wenn von verschiedenen Seiten, auch von uns, an der Organisation der Quäkerleistung Kritik geübt wurde, so sind die ausgetretenen Mängel stets auf die mangelhaften deutschen Einrichtungen zurückzuführen gewesen. Wenn die Quäker nun Deutschland verlassen, so geben die Speisungen selbst noch dem bisherigen Plan — täglich 800 000 Portionen — vorläufig weiter. Lebensmittel im Gesamtwert von über 6 1/2 Millionen Dollar wurden den Quäkern von amerikanischen Menschenfreunden anvertraut und in Deutschland an die Hilfsbedürftigen zur Verteilung gebracht. Der Höhepunkt der Aktion wurde im Juni 1921 erreicht. Damals wurden durchschnittlich über 1 Million Portionen täglich an rund 1600 Orten ausgegeben, und zwar 800 000 Portionen an Schulkinder, der Rest an Kleinkinder, Schullehrerinnen und werdende oder hilfende Mütter.

Die Mittel für die Speisung bis Mitte Februar 1922 sind durch die sogenannte Hooversche Sammelaktion in den Vereinigten Staaten gesichert. Die etwa darüber hinaus notwendig werdenden Mittel werden von einem aus Quäkern und Deutschamerikanern gebildeten Ausschuss, dem sich das Central-Relief-Committee angeschlossen hat, durch neue Sammlungen aufgebracht werden. Die Spenden, die das Komitee aufbringt, sollen die Fortführung der Speisungen bis zur Ernte 1922 sicherstellen. Die Gelder werden in Lebensmittel umgewandelt und durch unentgeltliche Lieferung von Mehl und Zucker durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ergänzt werden. Mit Zustimmung des Reichspräsidenten und Reichstages hat die Reichsregierung 100 Millionen bereitgestellt, die zu einem Drittel von den Ländern aufgebracht werden sollen.

Die Weiterführung der Hilfsaktion

Wie bereits einleitend bemerkt, wurde der deutsche Zentralausschuss für die Auslandshilfe von der Reichsregierung beauftragt, für die weitere Durchführung der Speisung Sorge zu tragen. Die Aufgaben des Ausschusses und der von ihm geschaffenen Zweigstellen sind in erster Linie die ungehinderte Fortführung des Speisungswerkes im Sinne und Geiste der Quäker und die Vor-

bereitung einer neuen Speisungsperiode vom April bis Juli dieses Jahres.

Wir erfüllen eine selbstverständliche Pflicht, daß wir an dieser Stelle den scheidenden Quäkern Dank und Achtung sagen. Wenn den geistlichen Kindern und weitesten Bevölkerungskreisen nicht immer Aufschluß über die Quäker und die Größe ihres Hilfswerkes gegeben wurde, so ist dies zum Teil auf die Haltung gewisser Teile der Lehrerschaft zurückzuführen, die wohl Religionsstunden abhalten und von Christentum fesseln, für die aber die Quäker Fremde, Angehörige „feindlicher“ Staaten waren und blieben. Diese sonderbaren Erzieher schwiegen einfach die Quäker tot, wenn sie nicht ganz und gar gehässige und dumme Bemerkungen über die Quäker machten. Wir hoffen, daß die Quäker ihre Tätigkeit in dem schwer leidenden Russland genau so von Erfolg gekrönt sehen können wie in Deutschland. Wir wünschen aber auch, daß das nunmehr in deutschen Händen liegende Hilfswerk tatsächlich im Geiste der Quäker weitergeführt wird, daß nicht Bureaumatismus, Gefinnungs-schnüffelerei oder gar Korruption eintritt.

Die Vorsteherwahl im Stadtparlament

Die bürgerlichen Parteien des Stadtparlaments haben keine rechte Freude an dem bei der Vorsteherwahl errungenen „Sieg“. Sie haben scheinbar damit gerechnet, daß die Rechtssozialisten trotz dieser Provokation ohnegleichen sich letzten Endes damit abfinden werden und es bei einem wirkungslosen Protest belassen. Diese ihre Hoffnung sehen sie getäuscht, und darum versuchen sie die Schuld für die Arbeitslosigkeit des Stadtparlaments und den dadurch für die Stadt entstehenden Schaden auf die sozialistischen Parteien abzuwälzen.

Nicht Glück werden sie allerdings mit der „Haltet den Dieb“-Taktik nicht haben. Die Berliner demokratischen Organe machen den Schwindel nicht mit. Nicht aus demokratischer Gesinnung, die haben sie sowieso nur für die Zeit der Wahlagitatio, aber selbst bei ihrer eigenen, so zweifelhaften demokratischen Auffassung hatten sie nicht mit einer solchen Verböhrtheit der demokratischen Stadtverordneten gerechnet und daher bis zur Sitzung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die demokratische Fraktion das selbstverständliche Anrecht der stärksten Fraktion auf den Vorsteherposten anerkennt und daher für den Kandidaten der Rechtssozialisten stimmen wird.

Die Entscheidung der Fraktion hat die demokratischen Organe arg verstimmt, und je nach ihrem Leserkreis finden sie schwächere oder stärkere Töne des Unwillens über das Verhalten der Fraktion. Recht scharfe Töne schlägt die „Berliner Volkszeitung“ an. Sie schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe unter der Überschrift „Die mißglückte Vorsteherwahl“:

Die gestrige Stadtverordnetenwahl in Berlin war ein schwerer Fehlschritt, und es ist zu bedauern, daß die demokratische Fraktion sich übermüßig dazu hergegeben hat, den Rechtsparteien den Siegeszug zu halten.

Die Wahlerfolge der Rechten in den letzten Jahren sind ein Ergebnis gewissenloser Demagogie und verärgelter Stimmungen in weiten Kreisen der Bevölkerung; es ist aber ausgeschlossen, daß in diesen Erfolgen sich eine dauernde politische Einstellung der breiten Wählermassen kundgibt. Die reaktionären Stimmengewinne werden gemäß der ganzen geistigen Struktur Berlins unter allen Umständen nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Daß Berlin jetzt — unter dem roßtäuscherischen Signum des „Bürgerblocks“ — in die Hände der politischen Reaktion gespielt worden ist, das wird nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern sehr bald auch im Berliner Bürgerpublikum als eine Schmach und Schande, als eine unbegriffliche Begriffsverwirrung eingeschätzt werden.

Kein Mensch hat im Reichstage daran gedacht, nach den letzten Wahlen die doch auch — ganz ähnlich wie jetzt in Berlin! — keine Mehrheit der sozialistischen Parteien, also demnach eine Majorität des „Bürgerblocks“ ergeben hatten, der Sozialdemokratie den Präsidenten zu verweigern.

Selbst wenn man sich nicht auf den Standpunkt begeben will, daß die stärkste Fraktion stets den Vorsteher zu stellen habe, daß vielmehr segreiche Parteienkoalitionen das Recht haben müßten, in Konsequenz ihres Sieges den ersten Posten zu besetzen, würde es für die demokratische Fraktion grundfalsch gewesen sein, so zu handeln, wie sie es getan hat. Dem Sinn der demokratischen Politik hätte es zweifellos am besten entsprochen, die Mehrheitssozialdemokratie objektiv als stärkste, positive Mitarbeitspartei zu würdigen, und dann die anderen Fraktionen je nach ihrer Größe am Vorsteheramt zu beteiligen. Das wäre natürlich und gesund gewesen und hätte auch der Auffassung der demokratischen Wählerschaft entsprochen, die jetzt wieder

da steht und vor Stannen nicht weiß, was sie zu der neuen Leistung ihrer Vertreter sagen soll.

Von welcher Seite man auch die trübe Angelgenheit betrachten mag: die Demokratie hat hier einen schweren Mißgriff getan, der sich alsbald in der dauernden Arbeitslosigkeit des Berliner Stadtparlaments dokumentieren wird — also ins Gegenteil dessen, was die Demokraten bei der Wahl mit Recht anstrebten!

Es wird also hier ganz offen zugestanden, daß die Demokraten neben den anderen bürgerlichen Parteien die Schuld für die Arbeitslosigkeit des Berliner Stadtparlaments tragen. Dieses Eingeständnis gewinnt keinen besonderen Wert durch die Tatsache, daß die Hauptflüge während der Wahlagitatio zur letzten Stadtverordnetenwahl war, daß die sozialistische Mehrheit, die Stadtverordnetenversammlung arbeitsunfähig gemacht habe.

Neue Wege zur Kunst

Unter den Verpflichtungen, die die Volkshochschule auf sich genommen hat, steht mit an erster Stelle die Bedienung und Pflege des Bestandes für das in der Schachkammer der Künste aufgeschickte Kulturgut. Der neue Arbeitsplan der Volkshochschule Groß-Berlin enthält demgemäß nicht nur zahlreiche Vortragsreisen aus allen Gebieten der Literatur, des Theaters, der Musik und Malerei, sondern auch einen ganzen Jokus von selbständigen Kunstveranstaltungen. Sie sind dadurch charakterisiert, daß sich die einzelnen Programmpunkte jeweils um einen an das Kunstleben heranführenden instruktiven Vortrag gruppieren. Außerdem sind besondere Arbeitsgemeinschaften vorgesehen, die den Zweck haben, die Teilnehmer mit den technischen Voraussetzungen der verschiedenen Kunstzweige vertraut zu machen. So verteilt Hans Baluschek praktischen Kunstunterricht in Porträt, Gemäldmalerei und Bildhauerei; Adolf Jensen demonstriert an eigenen Arbeiten der Hörer die Gesetze der Skulptur; dazu kommen systematische Museumsführungen, Unterweisungen in rhythmischer Gymnastik, Übungen im Gebrauche von Sprache und Stimme usw.

Es liegt auf der Hand, daß diese Bestrebungen der Volkshochschule Groß-Berlin von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die öffentliche Kunstpflege sind, ganz abgesehen von der subjektiven Bereicherung des einzelnen, dessen Ausnahmefähigkeit und Schöpfungssinn sie zu vollerer Entfaltung heranzubilden. Die Volkshochschule Groß-Berlin eröffnet demnach die 7. Arbeitsperiode. Die ausführlichen Lehrpläne, die in der Geschäftsstelle (N. B. 7, Georgenstr. 34/36), sowie an den bekannten Verkaufsstellen zu haben sind, unterrichten über alles Nähere.

Berzweiflungstat einer Mutter

Eine Tragödie hat sich in der vergangenen Nacht in Charlottenburg am Runo-Fischer-Platz 1 zugetragen. Spät heimkehrende Hausbewohner machten die Wahrnehmung, daß aus der im Parterre gelegenen Wohnung des Direktors der Märkischen Elektrizitätswerke, Max Ebbede, Gasgeruch kam. Als sie jetzt die Tür öffnen ließen, fanden sie die Gattin des Direktors und ihre drei kleinen Kinder in den letzten Zügen. Als ärztliche Hilfe eintrat, waren die Kinder bereits tot, während es gelang, die Frau ins Leben zurückzurufen; sie wurde in bedenklichem Zustande in ein Krankenhaus übergeführt, wo sie sich noch am Leben befindet. Sie hatte aus der Rache durch ihre ganze Wohnung einen langen Gaserschlag in das Wohnzimmer gelegt. Was sie zu diesem folgenschweren Schritt getrieben hat, ist noch unbekannt, da sich ihr Mann, ohne von der Tat zu wissen, auf einer Reise von Berlin abwesend befindet.

Der Mord in Berlin-Buchholz. Das geheimnisvolle Dunkel über die Beweggründe der Ermordung des Stubenmalers Richard Bathauer in der Berliner Straße 51 zu Berlin-Buchholz scheint sich zu lichten. Der ganze Verdacht liegt zwar darauf schließen, daß der Täter nur im engeren Kreise des Ermordeten sich befinden kann. Zunächst wurde deshalb die Tochter nach Entdeckung des Verbrechens zum eingehenden Verhör nach dem Polizeipräsidium geholt, doch waren ihre Aussagen so bestimmt, daß auf sie kein Verdacht fallen konnte. Zur weiteren Aufklärung fand nun gestern nachmittags eine nochmalige Ortserkundung statt, bei der alle Angaben der Tochter nachgeprüft wurden. Ihre Angaben erwiesen sich auch als richtig. Nur für die kurze Zeitspanne von einer halben Stunde fehlt der Alibibeweis. Die Ermittlungen und das Verhör des Mädchens haben dabei aber den Verdacht, daß sie um die Tat gekußt und den Täter auch anscheinend kennt, so bekräftigt, daß ihre Verhaftung angeordnet wurde. Sie wurde unter dem Verdacht der Mithilfenschaft und der Möglichkeit der Beihilfe in das Polizeipräsidium eingeliefert. Ein Raubmord ist, wie schon mitgeteilt, vollständig ausgeschlossen.

Die Unterjuchung im Falle Morvilius. In der Angelegenheit Morvilius, eines der Abteilungsdirektoren der Reichsrechenhand-gesellschaft, läßt Ministerialdirektor Raue vom Reichsfinanzminister

Der einzige Weg.

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Hübner
Copyright 1921 des Verlegers & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Kriegsschuldige.

Während des ganzen Tages konnte sich Yvonne nicht beruhigen.

Was würde er von ihr denken? Wie sollte sie ihn verzeihen?

Nachgeben? Unmöglich.

Zum Schein nachgeben, um unstrittbaren Streit zu vermeiden? Er würde sich nicht täuschen lassen. Eine erzwungene Nachgiebigkeit hat wenig mit einer ehrlichen Ueberzeugung gemeinsam.

Wenn er sich von ihr zurückzog? Paris hat keinen Mangel an wohlausgebildeten jungen Mädchen, die es sich zur Ehre anrechnen würden, bei Jacques Róal zu arbeiten.

Ihn aufgeben? Niemals. Sie hatte sich so einsam, so elend gefühlt, als er fern von Paris war, hatte sich so gefreut, ihn wiederzusehen.

Am nächsten Tag erklärte sie ihm:

„Ich habe seit gestern nachgedacht und ich muß Ihnen etwas sagen. Als Sie mir mit Gründen kommen wollten, habe ich sie abgelehnt. Ich war außerstande, sie zu hören. Aber Sie würden schlecht von mir denken, wenn ich mich nicht aufklären lassen wollte. Ich höre zu, und verifiziere Ihnen, daß ich durchaus guten Willens bin, mich überzeugen zu lassen.“

Er strahlte vor freudiger Ueberraschung:

„Welcher Fortschritt! Es gibt wenig Patrioten beiderseits des Rheins, die imstande sind, zu sprechen wie Sie.“

Sie sprach entsagungsvoll:

„Also beginnen Sie Ihre Verteidigungsrede.“

Er verzweifelte sich.

„Verteidigungsrede? Es handelt sich gar nicht um eine Verteidigung. Ich will ja die Deutschen nicht entschuldigen. Ich will sie nur nicht anklagen, ohne sie zu verstehen. Ich versuche zu begreifen, wie der Krieg in den einzelnen kriegführenden Ländern entstehen konnte.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Die leidige Frage der Kriegsschuld!“

Er beruhigte sie:

„Erstrecken Sie nicht, mein Kind. Beim Durchleben der Depeschen von Monarchen und Völkstastern kommt nicht viel heraus. Man muß zu den Quellen hinabsteigen. Sie haben sich wohl niemals ins Gedächtnis gerufen, was sich zwischen Deutschland und England von 1900 bis 1914 zugetragen hat?“

„Dazumal haben mir die Zeitungen noch recht wenig bedeutet.“

„Das stimmt, Sie waren ein ganz kleines Ding. Aber auch wenn man damals die Zeitungen gelesen hat, konnte man nicht viel aus ihnen entnehmen. Das war damals wie heute. Nun, die Sache verhielt sich so:

Während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts hatte England die industrielle Führung auf dem Festlande, das heißt auf der ganzen Welt. Deutschland wurde, als es nach 1870 durch unsere fünf Milliarden plötzlich reich geworden war, seinerseits von Ehrgeiz erfaßt. Bergwerke, Fabriken aller Art erhoben sich auf dem Boden, der nie etwas anderes als Kartoffeln und blaue Blümlein erzeugt hatte.

Zunächst beurteilte England, die Pfeife im Mundwinkel, diese Leistungen geringfügig.

„Schund“, murmelte es.

Aber der „Schund“ blühte und vermehrte sich. Da beschloß England, diese Waren durch eine Geschäftsmarke noch sicherer zu entwerfen als durch Worte. Das „made in Germany“ wurde erfunden und den deutschen Einfuhrartikeln angehängt. Der Verbraucher sollte vor diesem verlockenden Schund gewarnt werden.

Aber es kam anders. Die Käufer fanden die herabsehende Marke aus ausgezeichneten Waren, um deren Herkunft sich niemand kümmerte, die man aber allen anderen vorzog, weil sie besser und wohlfeiler waren. Die geplante Entwertung war zur Kasse geworden.

An dem Tage legte England seine Pfeife weg, es begann nachzudenken und mit den Zähnen zu knirschen.

Das war aber nicht alles. Während England sich seiner — vielleicht begreiflichen — Wut hingab, mußten die Deutschen, die täglich reicher wurden, auf Mittel bedacht sein, um sich erstklassige Rohstoffe zu beschaffen und ihre Erzeugnisse an den Mann zu bringen. Sie brauchten Kolonien,

nachdem sich Frankreich und England zuerst bedient und die besten Bissen verschluckt hatten. Sie brauchten Ausgänge zum Meer.

Die Engländer wandten begreiflicherweise die am meisten nützbringende Taktik an. Sie boten gegen Deutschland alle die Völker auf, deren Hoffnungen und Rechte dieses durch sein Bedürfnis nach Ausdehnung gekränkt hatte. Sie beschloßen, Deutschland einzukreisen, es zu vereinfamen. Wie schnurrte der britische Leopard, wie rieb er sich schmeichelnd selbst an den Stiefeln des Jaren. Italien erhielt seinen Anteil an den Gunstbezeugungen, selbst Persien und Ungarn wurden nicht vergessen. Aber da man bei sich zu Hause stets am besten bedient wird, begann England seine ersten Dreadnoughts zu bauen, verlegte die Operationsbasis seiner Flotte aus Frankreichs Nähe fort zu den deutschen Gewässern und machte aus seinen Flottenübungen Vorbereitungen zu einer sogenannten Blockade, die es ja keineswegs anzuwenden gedachte, ganz gewiß nicht, aber zu der es doch bereit sein wollte.

Da rief der Kaiser seinen Marmor aus: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser! Er begünstigte den Flottenverein und ließ Kredite für eine energische Rüstung bewilligen.

Die gegenseitige militärische Ueberbietung begann.

Was war für Soldaten sollen wir den kommenden Krieg führen? fragte sich England, das von Truppen entblößt war.

Was war für Geld? fragte sich Deutschland, das reicher an Fabriken als an Gold war. Und die beiden Nebenbuhler dachten nun an Frankreich.

Wir lebten ruhig als brave Leute, die wir waren. Unser kleiner Handel ging so so lala. Wir aßen gut, unterhielten uns, beschäftigten uns mit Frauen. Und das grünlichwarze Band von 1870 im Knopfloch wackerer alter Herren erinnerte an eine Hoffnung, auf die man längst verzichtet hatte.

Da sah Frankreich zwei Bewerber erscheinen.

Der erste war ein Offizier in Zivil, der sich trotz seinem aufgebäumten Schnurrbart als Geschäftstreisender zu geben suchte. Er besuchte unsere Bankiers, bot ihnen Zigaretten mit Reißzwecken, erschöpfte sich in Höflichkeiten, grüßte etwas zu steif und etwas zu unterwürfig, suchte nach besonderen Reizmitteln, um uns Lust zu machen. Sprach von Syndikaten, wirtschaftlichem Einvernehmen, Eisenbahnen, guten Geschäften...

(Fortsetzung folgt.)

